

02.06.2014

Aktuelle Stunde

auf Antrag
der Fraktion der FDP

Zwei Wirtschaftsforschungsinstitute aus Nordrhein-Westfalen rügen Finanzplanung der Landesregierung – Finanzminister Dr. Walter-Borjans riskiert erneut einen Verfassungsbruch durch Nichteinhaltung der Schuldenbremse und schlägt Warnungen der Institute in den Wind

Laut aktuellen Stellungnahmen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) und des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln), deren Ergebnisse in der heutigen (2. Juni 2014) Ausgabe der Rheinischen Post veröffentlicht werden, wird Nordrhein-Westfalen die Null-Verschuldung in 2020 verfehlen und die Vorgaben des Grundgesetzes (Schuldenbremse) nicht einhalten können.

Bisherige Haushaltsverbesserungen basieren im Wesentlichen auf Mehreinnahmen aufgrund der guten konjunkturellen Lage in Deutschland und künstlich niedrigen Zinsen in Folge der Finanzkrise. Diese guten finanzpolitischen Rahmenbedingungen sind laut Aussage der Wissenschaftler nicht dauerhaft gegeben – eine solide und ernsthafte Konsolidierungspolitik müsse Vorsorge treffen und für Zeiten konjunktureller Schwächephasen finanzpolitische Polster aufbauen. Da das Finanzministerium die schwierige Haushaltslage des Landes kennt, aber keine konkreten Konsolidierungsvorschläge daraus ableite, bestehe laut des RWI „Handlungsbedarf“, um in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2020 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt zu erzielen.

Der aktuelle, in der Rheinischen Post am 31. Mai 2014 veröffentlichte Ifo-Geschäftsklimaindex für Nordrhein-Westfalen bestätigt diese konjunkturellen Risiken. Er sinkt im Mai 2014 zum dritten Mal in Folge von 11,2 auf nur noch 6,8 Punkte. Das ist zurückzuführen auf eine deutliche Schwäche beim Export – nicht zuletzt aufgrund einer verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik in Nordrhein-Westfalen. Dieser Frühindikator für eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Entwicklung in Nordrhein-Westfalen lässt sich auch an der aktuellen Entwicklung der Steuereinnahmen ablesen: Bis April 2014 sind die Steuereinnahmen um lediglich 3,1 Prozent gestiegen. Im Haushaltsplan 2014 rechnet der Finanzminister jedoch mit einem Wachstum von 5,2 Prozent gegenüber dem Ist.

Datum des Originals: 02.06.2014/Ausgegeben: 02.06.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Im Herbst wird der Haushaltplan des Jahres 2015 im Landtag debattiert. Vor dem Hintergrund einer mangelnden Gesamtplanung des Landes bis zum Jahr 2020 droht auch dieser Haushalt die finanzielle Schieflage des Landes weiter zu verstärken. Statt dringend notwendige und strukturelle Einsparungen im Landeshaushalt vorzusehen, werden neue Probleme und finanzielle Verbindlichkeiten in die Zukunft verschoben. Es ist daher notwendig, dass sich der Landtag mit dieser Thematik im Rahmen einer Aktuellen Stunde befasst.

Christof Rasche

und Fraktion